

Das Problem mit unseren Verhandlungsführern:

Sie wollen nicht (dass wir) kämpfen

Als Beschäftigter im Landesdienst erlaube ich mir einige (öffentliche) Anmerkungen zum bisherigen Verlauf der Tarifrunde Bund + Kommunen im Öffentlichen Dienst.

Um mit der nächstliegenden zu beginnen: Erneut wurde für zwei Jahre abgeschlossen. Dies zementiert die Spaltung der KollegInnen des Öffentlichen Dienstes. Für die Beschäftigten des Landesdienstes wird es damit wiederum schwer, bei der Tarifrunde im kommenden Jahr ein vernünftiges Ergebnis zu erzielen. Auf einer Personalrätekonferenz im Februar in Kiel, auf der der gesamte Öffentliche Dienst vertreten war, habe ich die Erfahrungen der letzten Tarifrunden in Erinnerung gerufen und dringend dafür plädiert, den Abschluss bei Bund und Kommunen unbedingt auf 12 Monate zu beschränken. Dies wurde mit Beifall aufgenommen. Nun weiß ich ganz gut, dass solcher Beifall nicht automatisch mit wirklicher Kampfbereitschaft bzw. Mobilisierungsfähigkeit gleichzusetzen ist. Doch es wurde zumindest deutlich, dass sehr viele KollegInnen diesen Standpunkt teilen. Deshalb geht eine Bewertung des aktuellen Tarifergebnisses, die diesen Gesichtspunkt außer Acht lässt, an einem wesentlichen Bedürfnis der Beschäftigten vorbei. Die tatsächliche Mobilisierung im Tarifikampf war nun erheblich höher, als viele Fachbereichsleiter und die ver.di-Spitze um Frank Bsirske das erwartet hatten. Das brachte die Zeitplanung der Verhandlungsführung offensichtlich durcheinander; mehrere Kolleginnen und Kollegen berichteten von frühen Signalen, die auf deren Wunsch nach einem schnellen Abschluss hindeuteten. Statt nun angesichts der veränderten – aus Sicht der KollegInnen: erfreulich verbesserten – Ausgangslage auf eine längerdauernde Auseinandersetzung und einen Erzwingungsstreik zu orientieren, wurden gerade die kampfbereiten Gewerkschaftsmitglieder mit dem schnellen Abschluss vor den Kopf gestoßen.

Auf dem Titel der neuesten ver.di-News findet sich als Illustration zum Leitartikel, in dem das vorläufige Tarifergebnis positiv bewertet wird, die nebenstehende Karikatur. Angesichts der massiven Kritik aus unseren eigenen Reihen, von streikbereiten Kolleginnen und Kollegen ist es eine bemerkenswerte Frechheit, schon die Forderung nach „etwas mehr“ bei hirnlosen Außenstehenden zu verorten. Diese Karikatur mag anderswo ihren Platz haben, hier ist sie vollkommen verfehlt.



Gewiss hat allein diese Kampfbereitschaft die „6 vor dem Komma“ erzwungen. Dennoch ist das Ergebnis unbefriedigend. Wenn man den Mitgliedern unserer Gewerkschaft nicht endgültig die Erkenntnis einbläuen will, dass all die Verlautbarungen aus den Vorständen zur Begründung der Tarifforderungen *vor* Beginn der Auseinandersetzungen wirklich nur leeres Geschwätz sind, kann man zu einem anderen Schluss nicht kommen.

Wenn 6,5 Prozent – mindestens 200 €– für die nächsten 12 Monate gefordert werden, sind 3,5 Prozent bei vollständigem Verzicht auf den Festgeldebtrag für die unteren Einkommensgruppen in diesem Zeitraum sicher kein Erfolg.

Aber nehmen wir mal an, dies wäre *für ein Jahr* abgeschlossen worden. Dann wäre der Schaden immerhin geringer. Im nächsten Jahr könnten wir dann alle zusammen, der gesamte

ÖD, in die Tarifaueinandersetzung gehen. Würden wir uns dann mit dem absurden Abschluss von zunächst 1,4% und dann mehrere Monate später nochmals 1,4% – wiederum ohne jede soziale Komponente – zufriedengeben?

Zu den inakzeptablen Bestandteilen des nun zur Abstimmung stehenden Ergebnisses zählt die Urlaubsregelung. Da wurde gerade festgestellt, dass die bisherige Benachteiligung jüngerer Beschäftigter gesetzwidrig ist, gegen das Diskriminierungsverbot verstößt. Die „Arbeitgeber“ verlangen von der Gewerkschaft, Opfer dafür zu bringen, dass sie sich nun an die gebotene Gleichstellung halten – und statt sie auszulachen, lassen sich unsere Leitenden Angestellten auf diese Zumutung ein! Wie tief kann man sinken?

Wird das vorliegende Ergebnis akzeptiert – und der Vorstand trommelt mit Macht und, wie das Beispiel der ver.di-News zeigt, auch demagogischen Mitteln dafür, die 25 +x% Zustimmung zu erhalten – dann wird einmal mehr der Schwung aus unserer Bewegung herausgenommen. 23.000 neue Mitglieder sind aufgenommen worden! Wir hätten in wenigen Wochen zusammen mit den Kollegen der IG Metall das Bild der Republik bestimmen können, den 1. Mai in angemessener Atmosphäre begehen und Kraft für weitergehende politische Auseinandersetzungen mit Bundes- und Landesregierungen schöpfen können!

Soll all das verspielt werden?

Noch ist es nicht zu spät. Zunächst lautet deshalb der Appell an die zur Abstimmung im Rahmen der Mitgliederbefragung aufgerufenen Kolleginnen und Kollegen: Sagt Nein!

Solidarische Grüße

Dietrich Lohse